



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 181. Ratssitzung vom 11. März 2026

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2025/470 und 2026/100

5950. 2025/470

Weisung vom 22.10.2025:

Liegenschaften Stadt Zürich, Soziale Dienste, Sportamt, Areal Zentralwäscherei, Verlängerung Zwischennutzung, Zusatzkredit

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für die Verlängerung der Zwischennutzung auf dem ZWZ-Grundstück wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 19 497 000.– (GR Nrn. 2019/35 und 2020/431, STRB Nrn. 18/2022, 96/2024 und STRB Nr. 3204/2025) ein Zusatzkredit von Fr. 7 983 000.– bewilligt. Die neuen einmalige Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 27 480 000.–.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/470 und 2026/100

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Dr. Jonas Keller (SP): Das Areal der ehemaligen Zentralwäscherei Zürich (ZWZ) ist Teil der übergeordneten Entwicklung des Josefareals und soll in diesem Zusammenhang neu überbaut werden. Um einen Leerstand der Gebäude zu verhindern, gibt es auf dem Areal verschiedene Zwischennutzungsprojekte, die ursprünglich bis Ende 2025 laufen sollten. Aufgrund der Dringlichen Motion GR Nr. 2023/562, die auf dem Areal nebst Alterswohnungen auch gemeinnützige Wohnungen, Gewerbe- und Grünräume forderte, verzögert sich die Planung. Um einen Leerstand zu verhindern, hat der Stadtrat in eigener Kompetenz einen Kredit von 1,641 Millionen Franken gesprochen, damit die Zwischennutzungen bis Ende 2026 auf dem Areal der ZWZ bestehen bleiben können. In der vorliegenden Weisung beantragt der Stadtrat zuhanden der Stimmbevölkerung einen Zusatzkredit von 7,983 Millionen Franken. Mit diesem Kredit sollen die Zwischennutzungen bis zur Realisierung der Neubauvorhaben in den Jahren 2034/35 weitergeführt werden. Eine Volksabstimmung ist nötig, da der Gesamtkredit auf 27,48 Millionen Franken anwächst und damit in die Gemeindekompetenz fällt. Auf dem Areal der ZWZ gibt es verschiedene Zwischennutzungsprojekte. Die Raumbörse der Sozialen



Dienste verwaltet eine Nutzfläche von 4830 Quadratmetern und einen Teil der Aussenflächen. Auf dieser Fläche gibt es Vermietungen, Projekte, Kultur, Veranstaltungswerke, Musik- oder Arbeitsräume, die in Zusammenarbeit mit Stadtentwicklung und Kulturabteilung vermietet werden. Weiter betreibt das Sportamt (SPA) in einem Teil der Shedhalle von 1820 Quadratmetern ein Sportangebot, das der Bevölkerung kostenlos und vereinsungebunden zur Verfügung steht. Zudem vermietet es einen 270 Quadratmeter grossen Raum an den «Iceripper Snowboard und Skateboard Club», der dort eine Indoor-Skatehalle für seine Mitglieder betreibt. Rund 1000 Quadratmeter der Shedhalle werden von der Raumbörse an den Verein Zentralwäscherei vermietet. Dieser führt einen Gastronomiebetrieb und Kulturraum, der sich laut Stadtrat zu einem Ermöglicher von experimentellem und unkommerziellem Kulturschaffen entwickelt hat. Im Jahr 2024 begrüsst der Gastronomie- und Kulturbetrieb rund 80 000 Besucher*innen und führte 270 Veranstaltungen durch, entweder in eigener Regie oder in Zusammenarbeit mit Dritten. Alle drei Zwischennutzungen sollen noch einmal verlängert werden, damit das Areal der ZWZ bis zum Start des Neubaus bespielt werden kann. Dazu wird den Stimmberechtigten ein Zusatzkredit von 7,983 Millionen Franken beantragt, der sich folgendermassen zusammensetzt: Da sich der Baustart verzögert, sind 1,04 Millionen Franken für notwendige bauliche Massnahmen veranschlagt. Von den 4,95 Millionen Franken Betriebskosten entfallen 1,71 Millionen Franken auf die Räume der Raumbörse und 3,24 Millionen Franken auf die des Sportamts. Neu soll dem Verein Zentralwäscherei ein Betriebskostenbeitrag von 150 000 Franken jährlich ausgerichtet werden. Dafür ist für den Rest der Nutzungsdauer ein Betrag von 1,193 Millionen Franken vorgesehen. Hinzu kommen die Reserve von 76 000 Franken und ein jährlicher Mieterlass von 64 000 Franken.

Kommissionsminderheit Rückweisungsantrag / Schlussabstimmung:

Samuel Balsiger (SVP): Die SVP findet es gut, dass es eine freie Jugendkultur gibt, in der sie sich selbstorganisiert treffen kann. Wir anerkennen, dass der Verein Zentralwäscherei mit Freiwilligen- und ehrenamtlicher Arbeit funktioniert. In den letzten Jahren gab es aber viel schlechte Presse, da sie Antisemiten einladen, die international die Freilassung von Terroristen fordern. Wie kann man solche Leute auf die Bühne eines Kulturbetriebs stellen? Wir leiten daraus nicht ab, dass alles schlecht wäre. Den Vorstoss der FDP, der eine Gesinnungspolizei installieren will, finden wir nicht sinnvoll oder umsetzbar. Unser Vorschlag ist, die Vorlage zurückzuweisen und neu auszuschreiben, wer die Kulturräume bewirtschaften darf. Interessenten sollen sich bewerben. Das kann auch der Verein Zentralwäscherei sein. Das beste Angebot soll den Zuschlag erhalten.

Kommisionsmehrheit Rückweisungsantrag / Schlussabstimmung:

Dr. Jonas Keller (SP): Die Kommissionsmehrheit beantragt die Ablehnung der Rückweisung und Zustimmung zur Weisung. Sie begrüsst die Weiterführung der Zwischennutzungen. Mit diesem Kredit werden nicht nur wertvolle Kultur- und Begegnungsräume in der Shedhalle weiter unterstützt, sondern beliebte und ansprechende Sportangebote aufrechterhalten. Die Vermietung von kleineren Ateliers und Arbeitszimmern an Perso-



nen oder Personengruppen aus Zürich scheint uns eine gute Sache. Der Verein Zentralwäscherei wurde medial und politisch stark kritisiert – zu Recht. In den Räumlichkeiten des Vereins fand eine Veranstaltung statt, an der eine Person eines als antisemitisch geltenden Netzwerks aufgetreten ist. Dieses kenne ich selbst nicht genau. Der Gemeinderat hat sich infolgedessen am 21. Mai 2025 grossmehrheitlich geäussert, dass antisemitische und andere diskriminierende Veranstaltungen in von der Stadt unterstützten Kulturbetrieben unter keinen Umständen akzeptabel sind. In der Kommission wurde uns überzeugend dargelegt, dass man im Fall der Zentralwäscherei das Vorkommnis aufgearbeitet und verbindliche und «sanktionable» Vorgaben zur Organisation von Veranstaltungen gemacht hat. Diskriminierende Veranstaltungen dürfen nicht stattfinden. Würde der Kredit abgelehnt, wäre die Weiterführung der kleineren Vermietungen oder des Sportangebots nicht möglich. Ein beliebtes und im Grossen und Ganzen gut funktionierendes Angebot nicht weiterzuführen, scheint uns nicht zielführend. Es braucht ein freies und unabhängiges Kulturangebot, nicht gewinnorientierte Ausgangsmöglichkeiten und niederschwellige, kostenlose Sportangebote. Darum möchte die Kommissionsmehrheit dem Stadtrat folgen und der Stimmbevölkerung die Krediterhöhung vorlegen.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) begründet das Postulat GR Nr. 2026/100 (vergleiche Beschluss-Nr. 5913/2026): Die FDP unterstützt Kulturinstitutionen aus ganzem Herzen und hat kein Problem mit Jugendkultur. Wir verstehen die jugendliche Kritik an bürgerlichen Parteien und am kapitalistischen System. Wir können nachvollziehen, dass man erst mit dem Alter vernünftig wird. Mit den klar diskriminierenden Verhaltensmustern, die wir in der Zentralwäscherei zur Kenntnis nehmen mussten, haben wir aber Probleme. Es wurde ein antisemitisches Netzwerk eingeladen, das über längere Zeit seine Sichtweisen auf den Nahostkonflikt darlegen konnte. Mit Francesca Albanese trat eine umstrittene UNO-Sonderberichterstatterin auf, die sich nicht ausgewogen oder neutral zum Nahostkonflikt und dem Verhältnis der Religionen äussert. Zudem gab es verummte Personen, die palästinensische Flaggen schwenkten. Das ist nicht verboten, aber als zur Demonstration in Bern aufgerufen wurde, wurde ein Restaurant fast abgebrannt. Das sind Grenzüberschreitungen, die wir lieber nicht hätten. Wir haben verstanden, dass sich der Verein Zentralwäscherei der Problematik bewusst ist; die Mitglieder in der Kommission und der Stadtrat sind das ebenso. Das Verhalten stufen sie als klar diskriminierend und nicht akzeptabel ein. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Als FDP hätten wir gern eine Brücke gebaut, da unterschiedliche Nutzungen auf dem Areal der ZWZ stattfinden. Diese finden wir mehrheitlich gut, aber hier geht es um eine Gesamtweisung. Für eine Brücke braucht es ein stabiles Fundament auf beiden Seiten. Wir haben uns vorgestellt, dass wir ein rechtliches und politisches Zeichen setzen, indem wir unterstreichen, dass diskriminierendes Verhalten sanktioniert wird. Die Sanktion muss keine Vertragskündigung oder Mittelstreichung sein, sondern kann ein präventiver, verhaltenslenkender Anreiz im Vertrag sein. Dass man das immerhin als Prüfauftrag entgegennimmt, hätten wir uns gewünscht, um zu vermitteln, dass man nicht möchte, dass sich solche Vorfälle wiederholen. Über die Ablehnung bin ich konsterniert. Ich vertraue nicht darauf, dass der Stadtrat im Wiederholungsfall wirklich Sanktionen erlassen wird.



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Wir diskutieren die Überweisung eines Postulats und nicht etwaige Brücken zwischen unterschiedlichen Lagern zu verschiedenen Themen. Entsprechend beziehe ich mich nur auf das Postulat, das die Möglichkeit einer Konventionalstrafe im Vertrag zwischen Stadt und Verein Zentralwäscherei fordert. Der Verein gab zu, dass in der Vergangenheit bei der Organisation einzelner Veranstaltungen Fehler gemacht wurden. Der Problematik sind wir uns bewusst und mit dem Verein seit Längerem im Gespräch. Verbesserungen haben bereits stattgefunden, insbesondere in den Prozessen, wie der Verein solche Veranstaltungen vorbereitet und durchführt. Hier sind wir auf dem richtigen Weg. Es wurden verschiedene Veranstaltungen angesprochen, was die Schwierigkeit des Postulats zeigt. Es fielen Worte wie «problematisch» und «umstritten» in Bezug auf Ausgeglichenheit, Palästina und vieles andere. Genau in einem Bereich der Umstrittenheit, in dem Dinge unterschiedlich interpretiert werden können, ist das Instrument einer Konventionalstrafe nicht angemessen. Diese suggeriert, dass es immer ein klares richtig oder falsch gibt. Wir verpflichten den Verein mit den Verträgen, die wir der Kommission vorgelegt haben, zur Wahrnehmung seiner Verantwortung. Das ist der zentrale Faktor. Als Stadt können wir nicht ständig den Schiedsrichter in unseren Räumen spielen. Jedoch wollen wir verantwortungsvolle Veranstalter*innen und sind der Überzeugung, dass man mit dem Verein Zentralwäscherei und unseren Verträgen positive Rahmenbedingungen schafft. Der Stadtrat beantragt die Ablehnung des Postulats.*

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): *Der SP-Sprecher meinte, dass angeblich ein antisemitisches Netzwerk eingeladen wurde, er kenne es nicht genau. Wenn man sich schon für diesen Verein starkmacht und herunterspielt, dass antisemitische Vertreter dieses Netzwerks dort auftreten durften, sollte man sich besser informieren. Als der schreckliche Terroranschlag im Oktober 2023 geschah, haben Vertreter dieses Netzwerks in Berlin Jubelfeste auf den Strassen veranstaltet. Eine solche Organisation einzuladen, ist schlimm. Der Stadtrat meinte, man sei im Dialog mit dem Verein, sodass solche Geschichten nicht mehr passierten. Nehmen Sie einen Perspektivwechsel vor, wenn Sie nicht fähig sind, etwas einzuordnen, weil es linksextrem ist – und das ist bei diesem Netzwerk der Fall. Überlegen Sie, was geschähe, wenn der Verein Zentralwäscherei ein Netzwerk mit Beziehungen zu Terroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) eingeladen hätte und der Stadtrat danach meinte, dass er einen Dialog führe. So erkennen Sie vielleicht, wie schlimm die Grenzüberschreitungen sind, die in der Zentralwäscherei stattgefunden haben. Mäuschenstill zu bleiben und demselben Verein ohne Ausschreibung wieder Verantwortung zu übergeben, ist nicht nachvollziehbar. Einem NSU-Netzwerk würden Sie nie zusätzliche Steuergelder überweisen. Jeden Extremismus muss man ablehnen. Wer Massenmord feiert, hat in Zürich keine Bühne verdient. Es braucht eine Neuausschreibung nach einer solchen Grenzüberschreitung, um das Vertrauen wiederherzustellen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung findet sonst nicht statt.*



Dr. Jonas Keller (SP): Ich verurteile das Netzwerk in der gleichen Schärfe wie Samuel Balsiger (SVP). Unter keinen Umständen darf so etwas passieren. Die SP wird dem Begleitpostulat der FDP nicht zustimmen, aber nicht, weil wir finden, dass diskriminierende Veranstaltungen keine Konsequenzen davontragen sollen. Vielmehr sehen wir die Forderung des Postulats als bereits erfüllt an. Im Vertragswerk zwischen der Stadt und dem Verein Zentralwäscherei ist klar festgehalten, dass bei einem Vertragsbruch Sanktionen ergriffen werden können, die bis zur vollständigen Rückzahlung der Subventionen reichen. Das Vorgehen zur Durchführung von Veranstaltungen, inklusive der detaillierten Prüfung von Veranstalter*innen und Redner*innen als Konsequenz aus diesen Vorfällen und ein klares Verbot von diskriminierenden Veranstaltungen ist im Gebrauchsleihvertrag festgehalten und damit eine vertragliche Bestimmung. Im Kontrakt ist weiter eine Bestimmung enthalten, die bei Vertragsverstössen Sanktionen ermöglicht. Dr. Emanuel Tschannen (FDP) meinte, dass er gegen diskriminierende und antisemitische Veranstaltungen ein Zeichen setzen möchte. Den Stadtrat als Ganzes und den oder die zukünftig verantwortliche Stadträt*in deutlich aufzufordern, keinerlei diskriminierende Veranstaltungen zu dulden und bei Verstoss gegen Richtlinien einzuschreiten, hat meine Unterstützung. So sehen es die Verträge bereits jetzt vor. Sollte dieses Postulat nur ein Zeichen sein und dem Stadtrat unnötige Arbeit auferlegen, können wir dem nicht folgen.

Moritz Bögli (AL): Die Debatte ist enttäuschend, da sie losgelöst von der Weisung geführt wird. Ein paar Worte zu den Vorwürfen, die in den Raum gestellt wurden. Es gibt wenige Räume in dieser Stadt, die so diskriminierungssensibel sein möchten wie die Zentralwäscherei. Sie beschäftigt sich stark damit, wer dort ist und wie man miteinander umgeht und dass es ein möglichst diskriminierungsfreier Raum ist. Das nehme ich von den meisten anderen Kulturinstitutionen dieser Stadt nicht so wahr. Den Auftritt einer UNO-Sonderberichterstatterin als inakzeptabel einzustufen, zeigt, wie stark die Debatte entgleist ist. Es ist nicht sinnvoll, in diesem Gremium eine Debatte über den Nahostkonflikt zu führen oder Israelkritik pauschal als antisemitisch zu verurteilen. Dass die Kritik von Parteien kommt, die kein Problem damit hatten, als faschistoide Leute ins Karl der Grosse eingeladen wurden, macht das Ganze heuchlerisch. Die Vorlage an sich lässt erst vermuten, dass die Rechten aus den 80er-Jahren gelernt haben und anerkennen, dass autonome Jugendräume für ein gutes Funktionieren der Stadt notwendig sind. Es zeigt sich aber, dass man zwar Lippenbekenntnisse von sich gibt, diese Räume aber doch ablehnt. Seid doch zumindest ehrlich und lehnt die Sache ab, statt Ausreden zu suchen. Davon trifft vieles auch auf das Begleitpostulat zu. Es ist erstaunlich, dass nur wenige Wochen, nachdem die Linke stark für den Vorschlag einer Konventionalstrafe in einem anderen Bereich kritisiert wurde, jetzt genau das Gleiche gefordert wird. Kulturpolitisch ist es interessant, dass man den Vorstoss in Bezug auf die Zentralwäscherei wagt, obwohl man eine Konventionalstrafe gerade so gut für alle anderen Kulturinstitutionen fordern könnte. Lösungen gegen Diskriminierung im Kulturraum zu finden, ist eine Sache aller Kulturinstitutionen – die das im Vergleich zur Zentralwäscherei aber nicht tun. Daher ist es nicht zielführend, ein Postulat in diesem Kontext zu überweisen.



Karin Stepinski (Die Mitte): Der Grossteil der Zwischennutzung des Areals verlief absolut unbestritten. Die Die Mitte/EVP-Fraktion steht hinter dieser und anderen Zwischenutzungen, da sie ein bewährtes Mittel sind. Gerade in diesem Fall zeigt es, dass sie zu einer grossen Mehrheit für die Stadt und ihre Bewohnenden eine gute Sache sind. Die Problematik des Kulturvereins Zentralwäscherei haben wir gehört. Hier sind tatsächlich indiskutable Fehler passiert. Die Mehrheit der Nutzung verlief dennoch problemlos. Den Eindruck von Samuel Balsiger (SVP) teilen wir nicht ganz, da es viele tolle Veranstaltungen in diesem Kulturraum gab. Erich Kästner meinte: «An einem Unglück sind nicht nur jene Schuld, die es begehen, sondern auch jene, die es nicht verhindern oder verhindert haben». Daher scheint es mir zu einfach, STR Raphael Goltz, zu sagen, dass man nicht bei jeder Institution ein wachsames Auge haben könne. Das stimmt, aber in diesem Fall hat es Probleme gegeben und daher muss es so sein. Die Die Mitte/EVP-Fraktion traut euch zu, dass es mit den implementierten Mechanismen eine Verbesserung geben wird, doch man muss mit beiden Augen hinschauen. Nirgendwo soll es mehr rassistische oder antisemitische Auftritte geben. Obwohl wir Vertrauen in die Stadt haben, finden wir das Postulat der FDP nicht schlecht. Es doppelt nach und enthält ein Instrument, das schnelle Sanktionen ermöglicht. Der Weisung und dem Begleitpostulat stimmen wir zu.

Serap Kahrman (GLP): Die GLP wird der Weisung zustimmen. Es steht ausser Frage, dass die Zwischennutzung auf gleiche Weise weitergehen soll. Das Begleitpostulat der FDP werden wir nicht annehmen. Der Stadtrat konnte aufzeigen, dass die wichtigen und notwendigen Schritte eingeleitet wurden. Daher ist das Begleitpostulat redundant. Es nur bei dieser Institution anzubringen, wäre sinnlos. Eigentlich müsste man es auf alle Kulturinstitutionen anwenden. Doch eine ständige Überprüfung durch den Staat entspricht nicht den Werten der GLP. Der Stadtrat zeigte, dass er handelt, wenn Probleme entstehen. Das ist der richtige Weg. Solche Debatten hätte ich mir gewünscht, als die Zünfte vor zwei Jahren Blackfacing gemacht haben. Natürlich ist die Situation nicht mit der jetzigen vergleichbar, aber trotzdem war der Aufschrei damals nicht gross. Daher finde ich es eine Rosinenpickerei, wenn man bei sich selbst nicht gleich hart durchgreift.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Die Grünen werden der Weisung zustimmen. Es ist klar, dass die Zwischennutzung sinnvoll ist. Die ZWZ ermöglicht viele Entfaltungsmöglichkeiten für Jugendliche und junge Menschen, was in Zürich sehr wichtig ist. Hier fehlt es an nicht-kommerziellen Räumen. Die Zentralwäscherei ist genau ein solcher Raum. Darum ist es wichtig, dass die Zwischennutzung so erhalten bleiben kann. Das Areal wird vielfältig genutzt und ist beliebt. Es wird viel ehrenamtliche Arbeit geleistet. Diese ist extrem wichtig, nicht selbstverständlich und eine Bereicherung für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Diskriminierung darf nirgends geduldet werden. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, dass Diskriminierungen überall und immer wieder passieren. Überall muss genauer hingeschaut werden. Es ist problematisch, wenn man das nur an einem Ort macht. Wir sollten uns auch in Äusserungen in diesem Rat darüber Gedanken machen, wie wir alle Formen der Diskriminierung verhindern können. Das FDP-Postulat braucht es nicht, weil es schon erfüllt ist. Darum lehnen wir es ab. In der Zentralwäscherei wird bereits stark darauf geschaut, dass sie ein diskriminierungs-



freier Raum ist. Sie wissen aber, dass noch viel Arbeit geleistet werden muss. Das wünschen wir uns auch von anderen Institutionen und unserer Gesellschaft.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): Bei Dr. Jonas Keller (SP) möchte ich mich für die klaren Worte bedanken. Hier scheinen wir auf beiden Seiten ein Fundament für die Brücke zu haben. Mit Moritz Bögli (AL) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) scheint es schwieriger, da ihr beide sehr diskriminierungssensibel seid – wenn es um andere geht. Ehrlich und konsequent im eigenen Kreis seid ihr nicht. Dass Serap Kahrman (GLP) die Episode mit dem Blackfacing am Sechseläuten erwähnt, ist amüsant. Das war bei einem privaten Anlass und beinhaltete keine massive Diskriminierung von jüdischen Personen. Die beiden Dinge auf dieselbe Ebene zu stellen, finde ich problematisch. Obwohl wir eine gemeinsame Lösung für die Zentralwäscherei finden wollten, gelang das aufgrund nicht vergleichbarer Meinungen nicht. Darum können wir der Weisung nicht zustimmen und wechseln in die Ablehnung. Den Rückweisungsantrag der SVP unterstützen wir.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Jedes Mal, wenn wir im Rat über Diskriminierung sprechen, wird aufgezählt, wo die Linken nicht genau hinschauen würden. Das ist nicht zielführend. Es ist bezeichnend, dass man einander nicht zuhören möchte. Darum kommen wir in diesem Thema nicht weiter. Ich habe klar gesagt, dass jegliche Form der Diskriminierung verwerflich ist. Dazu zählt auch Diskriminierung in vermeintlich linken Räumen. Wenn man das Gefühl hat, dass Diskriminierung und Gewalt an einem Ort nicht stattfinden, ist das der erste Schritt, dass sie passieren kann. Das ist uns bewusst, wir schauen darum hin und halten Menschen verantwortlich. Ich möchte verdeutlichen, dass es ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Ein gegenseitiges Hin- und Herschieben von Vorwürfen und Unterstellungen ist nicht zielführend und schlechter Stil.

Moritz Bögli (AL): Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) möchte ich mich voll und ganz anschliessen. Es ist wichtig anzuerkennen, dass Diskriminierung in allen Räumen dieser Stadt vorkommen kann. Darum muss man sich selbst reflektieren. Das macht die Zentralwäscherei sehr proaktiv und mehr als andere Organisationen. Die Zunft zum Kämbel hat seit Jahren eine Routine des Brownfacing, die bis vor wenigen Jahren für die Mitglieder verpflichtend war. Nun ist es freiwillig. Diskriminierung gibt es überall.

Serap Kahrman (GLP): Eine Replik auf Dr. Emanuel Tschannen (FDP). Ich machte deutlich, dass das Sechseläuten nicht vergleichbar mit dem besagten Netzwerk ist. Das ist mir bewusst. Es ging mir darum aufzuzeigen, dass es in der Stadt überall Fälle von Diskriminierung gibt und ich mir wünsche, dass sie überall gleich geahndet werden.

Samuel Balsiger (SVP): Der AL-Sprecher diskriminiert eine ganze Berufsgruppe, indem er regelmässig mit einem «All Cops Are Bastards (ACAB)»-Shirt in die Ratssitzungen kommt. Trotzdem möchte er sich als reflektiert inszenieren, versteht aber anscheinend nicht, worum es geht. In der linken «Bubble» sind alle Opfer, diskriminiert und arbeitsschwach. Man darf nicht so sensibel sein, da man im Leben auf Widerstand trifft. Das ist in einem direktdemokratischen Land normal. Sie sind nicht weltoffen, da Sie nur



tolerant sind, solange Ihre Meinung gilt. Dass die FDP auf diese Gesinnungspolizei aufspringt, ist für eine liberale Partei unverständlich. Wo ist denn die Grenze zur Diskriminierung? Dort, wo Grüne und AL sie sehen, also überall oder dort, wo die SVP sie sieht, wenn wir auf der Strasse angegriffen werden? Diese Vorfälle wurden vom Rat nicht verurteilt, obwohl er sich der Diskriminierungsfreiheit rühmt. Auf die Rückweisung sind Sie nicht eingegangen, obwohl sie zurückhaltend formuliert war. Wir sehen ein, dass es die offene Jugendkultur braucht und Grenzüberschreitungen in Ordnung sind, solange kein Massenmord gefeiert wird. Sie hacken aber lieber auf dem Postulat der FDP herum.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat hat diese Vorlage nicht gesucht. Ursprünglich ging er davon aus, dass die Zwischennutzung normal ausläuft. Aber indem Sie die Planungsvorhaben verändert haben, wurde klar, dass die Zwischennutzungen verlängert werden müssen. Entsprechend kam die heutige Vorlage zustande. Die Zentralwäscherei halte ich in ihrem Gesamtprogramm nach wie vor für eine Erfolgsgeschichte. Ich bin froh, dass das heutige, unglaublich vielfältige Programm in Zusammenarbeit mit mehreren Departementen so aufgebaut werden konnte. Meine kühnsten Erwartungen wurden übertroffen. Wir haben die gewünschte Zielgruppe auf niederschwellige, nicht konsumorientierte und breit nutzbare Art erreicht. Aktuell ist die Zentralwäscherei aus dem Angebot der Stadt nicht wegzudenken. Es ist unbestritten, dass in der Programmierung der Veranstaltungen Fehler passiert sind. Namentlich, dass einer Gruppe eine Plattform geboten wurde, die wir als Stadt Zürich nicht geben wollen. Hierzu hat sich STR Raphael Golta früh und klar geäußert. Solche Veranstaltungen haben dort nichts zu suchen und widersprechen dem Konzept, das die Veranstalter selbst von ihrer Räumlichkeit haben. Das Sozialdepartement hat reagiert. In der Kommission wurde die Sache diskutiert. Hier begreife ich die Bürgerlichen und sehe, dass sie Brücken bauen wollten. Man kann sich darüber streiten, ob sie die geeigneten Mittel ergriffen. Zumindest habt ihr erreicht, dass eine gute sachliche Diskussion in der Kommission geführt werden konnte. Jedoch wollen wir nicht die Mentalität von «One strike and you are out». Der Verein reagierte auf seine Fehler. Insgesamt sprachen wir über einzelne Vorfälle, aber letztlich bietet diese Halle sehr viel und hat unzählige Besucher. Daher ist sie ein wichtiger Raum in Zürich und eine Erfolgsgeschichte, die mit Ihrer Zustimmung weitergeführt werden kann.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:



Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat eine neue Weisung vorzulegen, die eine Neuausschreibung des Gastrobetriebs und Kulturraums beinhaltet, der aktuell vom Verein Zentralwäscherei betrieben wird.

Mehrheit:	Referat: Dr. Jonas Keller (SP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Micha Amstad (SP), Ivo Bieri (SP), Moritz Bögli (AL), Anjushka Früh (SP), Luca Maggi (Grüne), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Karin Stepinski (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Samuel Balsiger (SVP)
Enthaltung:	Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Vizepräsidium; Anthony Goldstein (FDP)
Abwesend:	Selina Frey (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Dr. Jonas Keller (SP); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Micha Amstad (SP), Ivo Bieri (SP), Moritz Bögli (AL), Anjushka Früh (SP), Luca Maggi (Grüne), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Karin Stepinski (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Samuel Balsiger (SVP)
Enthaltung:	Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Vizepräsidium; Anthony Goldstein (FDP)
Abwesend:	Selina Frey (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für die Verlängerung der Zwischennutzung auf dem ZWZ-Grundstück wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 19 497 000.– (GR Nrn. 2019/35 und 2020/431, STRB Nrn. 18/2022, 96/2024 und STRB Nr. 3204/2025) ein Zusatzkredit von Fr. 7 983 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 27 480 000.–.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 18. März 2026 gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung



10 / 10

5951. 2026/100

Postulat von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) und Anthony Goldstein (FDP) vom 04.03.2026:

Rechtsbeziehung zwischen dem Verein Zentralwäscherei und der Stadt, Ergänzung des Vertrags mit einer verrechenbaren Konventionalstrafe bei diskriminierenden Veranstaltungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/470, Beschluss-Nr. 5950/2026

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5913/2026).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 27 gegen 88 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat